

**4210/AB  
vom 15.01.2021 zu 4196/J (XXVII. GP)****Bundeskanzleramt**[bundeskanzleramt.gv.at](http://bundeskanzleramt.gv.at)Bundesministerin für  
Frauen und Integration**MMag. Dr. Susanne Raab**  
Bundesministerin für Frauen und Integration

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.757.794

Wien, am 15. Jänner 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Heinisch-Hosek, Kolleginnen und Kollegen haben am 17. November 2020 unter der Nr. 4196/J eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Union der Gleichheit“ – LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie der Europäischen Union 2020-2025“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu Frage 1:**

1. *Wie beurteilen Sie die von der EU-Kommission vorgelegte LGBTIQ-Strategie „Union der Gleichheit“?*

Gleichstellungspolitik und der Schutz vor Diskriminierung sind selbstverständlich auch der Bundesregierung ein wichtiges Anliegen. Im Rahmen der Gleichstellungspolitik verfolgt die Bundesregierung daher das Ziel, dass Menschen selbstbestimmt und frei von Angst vor Diskriminierung leben. Am 12. November 2020 veröffentlichte die Europäische Kommission ihre LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie. Die Strategie befasst sich mit den Herausforderungen, die für LGBTIQ-Personen in Europa bestehen und stellt dabei klar, dass Gleichstellung nur dann erreicht werden kann, wenn die Institutionen und Agenturen der

EU, die Mitgliedstaaten, einschließlich der regionalen und lokalen Behörden, die Gleichbehandlungsstellen, die Zivilgesellschaft und Unternehmen ihr Engagement weiter verstärken. Der Abbau von Diskriminierung kann daher nur durch die Zusammenarbeit all dieser Akteure weiter vorangetrieben werden.

**Zu den Fragen 2 bis 5:**

2. *Wo sehen Sie Auswirkungen der von der EU-Kommission vorgelegten LGBTIQ-Strategie „Union der Gleichheit“ auf den Zuständigkeitsbereich Ihres Ministeriums bzw. der nachgeordneten Dienststellen?*
3. *Wie wird sich Ihr Ministerium an der Umsetzung der LGBTIQ-Strategie beteiligen?*
4. *Wer ist in Ihrem Ministerium für die Partizipation und Umsetzung der von der EU-Kommission vorgelegten LGBTIQ-Strategie zuständig?*
5. *Welche jener Bereiche, die von der EU-Kommission angesprochen wurden und hinsichtlich der „Förderung der Gleichstellung von LGBTIQ (...) in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen“, sehen Sie im Zuständigkeitsbereich Ihres Ministeriums bzw. der nachgeordneten Dienststellen?*

Gleichstellungspolitik und der Schutz vor Diskriminierung sind Querschnittsmaterien, die sich in unterschiedlichen Zuständigkeiten auf Bundes- und Landesebene wiederfinden.

Detaillierte Zuständigkeiten für zukünftige Maßnahmen, Fondsprogramme und weitere allfällige Vorhaben der Europäischen Kommission sowie für Unterstützungsabsichten der Europäischen Kommission sind von der konkreten Ausgestaltung solcher Maßnahmen und Vorhaben abhängig.

Ich darf zudem auf das Gesetzespaket „Hass-im-Netz“ verweisen, das ich gemeinsam mit meinen Regierungskolleginnen Bundesministerin Karoline Edtstadler und Bundesministerin Alma Zadic mit dem Ziel eines effektiveren Schutzes vor Hasspostings im Internet umgesetzt habe. Diese Maßnahmen stärken auch den Schutz von LGBTIQ-Personen im Netz, welcher auch einer der Schwerpunkte der LGBTIQ-Strategie der Europäischen Kommission ist.

Die Beratungsstellen, die vom Frauenressort gefördert werden, bieten selbstverständlich Hilfestellung bei jeder Form von Diskriminierung und sind hier kompetente Anlaufstellen. Gleichzeitig konnte die Arbeit der Gleichbehandlungskommission und der Gleichbehandlungsanwaltschaft weiter gestärkt und die diesbezüglichen Verfahren in den letzten Jahren beschleunigt werden, was ebenfalls zur Stärkung des Diskriminierungsschutzes führt.

**Zu Frage 6:**

6. Wie stehen Sie zu dem von der EU-Kommission vorgeschlagenen Ziel eigener nationalstaatlicher Aktionspläne für die Gleichstellung von LGBTIQ in Österreich?  
Plant Ihr Ministerium einen solchen zu erarbeiten?

Das aktuelle Regierungsprogramm sieht keinen entsprechenden Aktionsplan vor.

MMag. Dr. Susanne Raab

